

Rede von Wolfgang Wulf am 6.10.2010 im Landtag zum SPD-Antrag Medizin-Studiengang in Oldenburg (Entwurf!)

Anrede,

die Schlagzeilen sind eindeutig: Bundesweit fehlen 3.620 niedergelassene Ärzte, so die Kassenärztliche Bundesvereinigung im Januar dieses Jahres. Und wieder einmal ist Niedersachsen bei den Negativrekorden Spitze. In Niedersachsen sind 678 Arztsitze frei. (Ärzteblatt, 4. Januar 2010). Das heißt, jede sechste fehlende Arztstelle in der Bundesrepublik findet man in Niedersachsen – trauriger Rekord!

Doch das ist nur der Ist-Stand. Die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen hat im April dieses Jahres veröffentlicht: In den kommenden zehn Jahren werden in Niedersachsen mehr als 4.200 Ärzte in den Ruhestand gehen. Die Zahl der fehlenden Hausärzte wird bis zum Jahr 2020 auf rund 1.100 steigen und das natürlich vor allem in den ländlichen Regionen. (Hamburger Abendblatt, 7. April 2010)

Und da wir im kommenden Jahr auch noch doppelte Abiturjahrgänge haben würde unserem Bundesland im Grunde nur eins wirklich helfen: Die Zahl der Studienplätze in der Medizin muss erhöht werden.

Deswegen haben wir einen Antrag zur Beteiligung Niedersachsens am Sonderprogramm oder wie Sie es sagen, Frau Ministerin Wanke, den Gesprächen in der KMK für mehr Medizinstudienplätze vorgelegt.

Wir bedauern, dass die Ministerin heute Morgen erklärt hat, dass Niedersachsen sich an dem geplanten Sonderprogramm nicht beteiligen will.

Wir halten die Teilnahme aber dennoch für richtig, weil damit die Aufnahmekapazitäten in der Humanmedizin in den Jahren 2011 bis 2016 um 10 Prozent erhöht werden: Das ist deswegen nötig, weil Niedersachsen sich den Ärztemangel besonders in den ländlichen Regionen nicht mehr leisten kann und wir Studierende im eigenen Lande brauchen, die auch hier bleiben!

Anrede,

wir treten aber neben der quantitativen auch für die qualitative Verbesserung des Medizinstudiums ein. Wir wollen das Medizinstudium reformieren und die Einführung der Bachelor-Master-Struktur auch in Medizinstudiengängen.

Wir haben ein positives Beispiel für Innovation in diesem Sinne im eigenen Land. Das ist die Initiative der Oldenburger Carl-von-Ossietzky-Universität, die als erste deutsche Universität in Kooperation mit der Rijksuniversiteit Groningen einen europäischen Studiengang Humanmedizin einrichten möchte, der uns mehr Studienplätze in Niedersachsen bringt und zugleich die Reform des Medizinstudiums vorantreibt.

Deswegen haben wir einen zweiten Antrag vorgelegt, der sich für die Unterstützung des Studiengangs Medizin in Oldenburg ausspricht.

Das Projekt „European Medical School Oldenburg-Groningen“ hat das Ziel, den ersten gestuften Studiengang mit den Abschlüssen Bachelor und Master of Science in Humanmedizin in Deutschland einzuführen. Es sind pro Jahr 40 Studienplätze vorgesehen. Der darin enthaltene Masterstudiengang Humanmedizin wird dabei in Kooperation mit der Universität Groningen als europäischer Studiengang eingerichtet.

Wie Sie wissen, regelt die deutsche Approbationsordnung die traditionelle ärztliche Ausbildung.

Prof. Dr. Hans-Rudolf Raab, Klinikdirektor am Klinikum Oldenburg, und Prof. Dr. Reto Weiler, Neurobiologe an der Uni Oldenburg und Präsident des Hanse-Wissenschaftskollegs in Delmenhorst, haben als Mitinitiatoren der Oldenburger Initiative an die Adresse aller Zweifler deutlich gemacht: Alle Inhalte der deutschen Approbationsordnung (AppO) werden selbstverständlich in dem gestuften, insgesamt sechsjährige Studium in Oldenburg bis zum Master erfüllt.

Dies sieht auch die niedersächsische Landesregierung so, die in einer Antwort eine mündliche Anfrage der SPD-Landtagsfraktion am 21. Januar 2010 zum Oldenburger Modell geantwortet hat:

„Dieser europäische Studiengang steht im Einklang mit den inhaltlichen Anforderungen der Ärztlichen Approbationsordnung an ein humanmedizinisches Studium in Deutschland. Gleichzeitig will er die strukturellen Schwächen der Ärztlichen Approbationsordnung vermeiden.“

Damit hat die niedersächsische Landesregierung unserer Ansicht eine richtige Antwort auf alle Zweifel an diesem Studiengang gegeben! Auch die Bundeswissenschaftsministerin hat sich sehr deutlich für diesen Studiengang ausgesprochen.

Die Struktur des Studiums ist allerdings anders. In Abwandlung der traditionellen Ausbildung folgt in Oldenburg einem dreijährigen Bachelorstudium ein dreijähriges Masterstudium. Im

Oldenburger Modell soll die Interaktion der Studierenden mit den Patienten vom ersten Tag an erfolgen und dies geschieht mit einer grundsätzlich am System des problemorientierten Lernens ausgerichteten Struktur, verbunden mit einem Tutoren- und Mentorenprogramm. Der Masterabschluss, der alle Inhalte der Approbationsordnung vermittelt, ist als einem Staatsexamen gleichwertig anzusehen.

Ein Promotionsstudiengang komplementiert als dritter Abschnitt das gestufte Ausbildungssystem gemäß der Bologna-Deklaration.

Die Entwicklung bei fast allen deutschen Nachbarn geht in die Richtung wie in Oldenburg. Neben den Niederlanden hat auch die eher konservative Schweiz inzwischen die Bachelor/Master-Struktur übernommen. Auch Belgien und Dänemark fahren das Bachelor/Master-Modell in der Medizin. In unserem Nachbarland Tschechien wird die Entscheidung den Hochschulen überlassen.

Die Forderung nach Errichtung der Medizinischen Fakultät in Oldenburg begründet sich auch damit, dass der gesamte Nordwesten die einzige Region in Deutschland ist, die nicht durch eine medizinische Fakultät mit Universitätsklinikum versorgt ist.

Aber auch wenn die positiven Wirkungen für die Gesundheitswirtschaft im Nordwesten gar nicht hoch genug eingeschätzt werden können, so gibt es durchaus Sorgen von Teilen der Universität Oldenburg, die befürchten, dass eine medizinische Fakultät Mittel bindet, die dann bei anderen Einrichtungen der Hochschule gestrichen werden. Die Befürchtungen insbesondere der Geisteswissenschaft und vor allem der Lehrerausbildung sind nachzuvollziehen, weil in der Vergangenheit gerade die Lehrerausbildung immer wieder zur Finanzierung sogenannter „Exzellenz-Studiengänge“ hat erhalten müssen.

Hier macht es sich negativ bemerkbar, dass die Landesregierung sich in Sachen Aussagen zur Finanzierung des Medizinstudiengangs in Oldenburg bislang sehr bedeckt gehalten hat.

Um es aus unserer Sicht klar und deutlich zu sagen: die Einrichtung einer medizinischen Fakultät in Oldenburg – die wir wollen – darf nicht zu Lasten hervorragender anderer Bereiche – insbesondere der Lehrerausbildung – in Oldenburg eingerichtet werden. Klar ist, dass ein Studiengang Medizin in Oldenburg zusätzliche Landesmittel benötigt, das kann sich die Oldenburger Uni nicht aus dem eigenen Fleisch schneiden, da ist das Land gefordert.

Anrede,

das Konzept der Universitäten Oldenburg und Groningen wird voraussichtlich Anfang November auf der Vollversammlung des Wissenschaftsrats bewertet.

Dafür fand Ende Oktober 2009 eine Begehung durch den Medizinausschuss des Wissenschaftsrates in Oldenburg und in Groningen statt.

Wenn sich der Wissenschaftsrat positiv für die sogenannte European Medical School in Oldenburg und Groningen ausspricht, dann müssen wir im Land alles tun, damit das Projekt einer medizinischen Fakultät in Oldenburg in die Realisierung kommt. Die notwendigen Schritte dafür haben wir im vorliegenden Antrag genannt, denn wir nach der Entscheidung des Wissenschaftsrates im Wissenschaftsausschuss beraten werden.

Die Oldenburger haben ihre Hausaufgaben bereits gemacht. So ist es bemerkenswert, dass alle drei Oldenburger Krankenhäuser sich darauf verständigt haben, bei einer Entscheidung für eine medizinische Fakultät in Oldenburg sich zu einem Universitätsklinikum zusammenzuschließen.

Im Vorfeld der Vollversammlung des Wissenschaftsrates hört man, dass das Bundesgesundheitsministerium Bedenken geäußert haben soll und damit das einmütige Votum der Bundesseite gefährdet wäre. Da fragt man natürlich, warum?

Am Konzept kann es nicht liegen, denn dafür liegen hinreichend viele Veröffentlichungen und Papiere vor. Außerdem hat die medizinische Kommission des Wissenschaftsrates ausgestattet mit großem Sachverstand vor Ort begutachtet.

Natürlich gibt es konservative Medizinverbände, die gegen die Bachelor/Master-Strukturen sind, und beim Bachelor polemisch von einem „Doctor light“ in Oldenburg sprechen.

Der Bachelor ist jedoch nur eine akademische Zwischenstufe, ein Bachelor of Medicine ist aber kein Arzt, er kann und darf keine ärztlichen Tätigkeiten ausüben.

Das Oldenburger Modell ist zwar ein besonderes, aber kein Einzelfall in Deutschland. Es gibt bereits jetzt Abweichungen von der Approbationsordnung. Modell- und Reformstudiengänge sind als Sonderregelungen von dem gesetzlich festgelegten Ausbildungsgang laut § 41 der Approbationsordnung in Form von zeitlich befristeten, landesrechtlich genehmigten Modellstudiengängen möglich.

Diese gibt es z. B. an der Charité Berlin, an der Universität Witten/Herdecke und bekannt ist auch das Reformcurriculum an der TU Dresden. An der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) gibt es den Modellstudiengang Medizin ebenso wie an der RWTH Aachen. An der Universität zu Köln gibt es seit dem Wintersemester 2003 ebenfalls einen Modellstudiengang und die Universität

Heidelberg lehrt seit 2001 an der Medizinischen Fakultät Heidelberg einen an das Curriculum der Harvard Medical School (Boston/MA, USA) angelehnten Reformstudiengang.

Und daher ist das Projekt der Universität Oldenburg kein Einzelfall, sondern kann wie alle anderen Abweichungen von der Approbationsordnung genauso als zeitlich befristeter, landesrechtlich genehmigter Modellstudiengang möglich gemacht werden, wenn man nur will!

Anrede,

Niedersachsen braucht den Medizinhoschulstandort Oldenburg. Das haben Sie, Frau Ministerin Wanka, heute Morgen sehr gut selbst begründet. Sie haben ausgeführt, dass man die Ausbildungskapazitäten der Medizin in Göttingen und Hannover nicht mehr ausbauen kann, weil dort die für die Ausbildung notwendige Zahl von Patienten begrenzt ist. Ich sage Ihnen: Patienten gibt es in Oldenburg genug, um an einer medizinischen Fakultät die Ausbildung abzusichern.

Bundesweit gibt es 36 medizinische Fakultäten. Nach dem berühmten Königsteiner Schlüssel, der 10 Prozent-Formel für niedersächsische Anteile am Bundesdurchschnitt. müssten wir also mindestens drei wenn nicht sogar vier Fakultäten in haben. Aber wir haben nur zwei, in Hannover die Medizinische Hochschule und in Göttingen die Universitätsmedizin.

Und unser Anteil an Studienplätzen in Humanmedizin beträgt nicht, wie anzunehmen wäre, 10 Prozent, sondern gerade 5,4 Prozent, jedenfalls nach unseren Daten. Sie, Frau Ministerin, sprechen von 6,7 Prozent, aber auch das reicht nicht. Das Problem ist doch, dass es für Niedersachsen notwendig ist, die Zahl der Medizinstudierenden in Niedersachsen zu erhöhen, damit diese nach ihrer Ausbildung auch im Lande bleiben. Und da hilft auch kein Bezug auf angeblich nicht besetzte Medizinstudienplätze in Ostdeutschland.

Es ist nun mal in unserem Land derzeit so, dass Abiturienten, die Medizin studieren wollen, zu einem großen Teil aus Niedersachsen fortgehen. Sie bleiben nach der Ausbildung eben oft dort, wo sie studiert haben und kehren nicht zurück. Dem ist Einhalt zu bieten durch konkrete Angebote vor Ort und deswegen macht eine dritte medizinische Fakultät in Oldenburg für Niedersachsen absoluten Sinn.

Anrede,

wir erwarten ein klares Bekenntnis der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen für den Studiengang Medizin in Oldenburg. Wir erwarten offensives Eintreten - auch beim Bundesgesundheitsminister - für diesen Studiengang und wir fordern die finanzielle Ausgestaltung dieses Studiengangs auch für die Zukunft.

Anrede,

Und das wir auf einer Linie sind, das haben Sie, Herr Thümler, doch bereits selbst gesagt: In einer Meldung der Nordwest-Zeitung vom 31. Juli 2010 bezeichnen sie den Oldenburger Bachelor- und Masterstudiengang in Medizin als ein Beispiel europäische Kooperation mit innovativem Charakter.

Dem, Herr Thümler, ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Wir wollen Sie mit Ihrem Eintreten für die European Medical School in Oldenburg nicht allein lassen. Stehen Sie mit uns gemeinsam für die Medizin in Oldenburg ein, überzeugen Sie den Bundesgesundheitsminister und statten sie die Hochschule mit dem nötigen Geld aus!